

Die armenische Frage bei den Pariser Friedensverhandlungen (1919–1923)

Von Wilhelm Baum

»The Armenians deserve sympathy of the whole civilised world, and we could not contemplate any settlement of the eastern question which did not sensure their future.«¹

Beim Beginn des ersten Weltkrieges kam es zwischen England, Frankreich und Rußland zu Verhandlungen über die Ziele des Krieges, bei denen etwaige Ansprüche angemeldet wurden. Nach dem Kriegseintritt des Osmanischen Reiches an der Seite Deutschlands und Österreichs meldete zunächst Rußland Gebietsansprüche an. Am 10. April 1915 wurde im *Vertrag über Konstantinopel* die russische Forderung nach den Meerengen und Konstantinopel von Frankreich und England anerkannt.² In sechs Vilayets (Provinzen) der Türkei gab es starke armenische Minderheiten: Sivas, Kharput, Diyarbakir, Bitlis, Van und Erzurum. Schon vor Kriegsausbruch hatte es Diskussionen gegeben, in diesen Vilayets eine armenische Selbstverwaltung zu gestatten. Das Gebiet der heutigen Republik Armenien hatten die Russen 1828 erobert; auch hier waren die Verhältnisse für die (nichtorthodoxe) Kirche Armeniens unter dem Katholikos von Erewan nicht ideal, da sie einem starken Russifizierungsdruck ausgesetzt war. Neben den »sechs Vilayets« gab es noch starke armenische Minderheiten in Kilikien und Alexandrette, das bis 1375 das Königreich »Kleinarmenien« gebildet hatte; in Sis residierte bis zum Ersten Weltkrieg der Katholikos von Kilikien, der heute seinen Sitz in Beirut (Antelias) hat. Die westarmenische Diaspora an der ionischen Küste und in der Reichshauptstadt stand unter der Leitung des armenischen Patriarchen von Konstantinopel. Das Problem der Armenier im Osmanischen Reich war, daß sie durch den Völkermord an knapp zwei Millionen Armeniern zahlenmäßig weder in den »sechs Vilayets« noch in Kilikien oder an der Westküste die Mehrheit der Bevölkerung stellte. Im geheimen »Vertrag über Konstantinopel und die Dardanellen« von 1915 war eine Autonomie der sechs Vilayets nicht vorgesehen. Wenn es den Russen jedoch politisch ins Konzept paßte, brachten sie eine Autonomie oder

einen armenischen Pufferstaat ins Spiel, ohne sich jedoch mit großer Energie dafür einzusetzen. Im März 1916 gab Frankreich den Russen in der Armenierfrage freie Hand.

Durch das *Londoner Abkommen* vom 26. April 1915 schloß Italien sich der Entente an, in der für den Fall einer Aufteilung Anatoliens Italien die Provinz Adalia (Antalya) in Aussicht gestellt wurde. Am 16. Mai 1916 vereinbarten England und Frankreich im Sykes-Picot-Abkommen die Aufteilung des vorderen Orient: Nach dem Sieg über das Osmanische Reich sollte Frankreich Syrien, Kilikien und den Libanon erhalten, England aber Palästina und den Irak; dabei spielte das Erdöl bereits eine große Rolle. Rußland suchte man damit zufriedenzustellen, daß Sykes und Picot erklärten, England und Frankreich hätten nichts gegen eine Annexion der »sechs Vilayets« durch Rußland einzuwenden.³

Nach der Oktoberrevolution änderte sich die Perspektive für die Armenier. Lloyd George räsionierte in seinen Memoiren: *»The idea of the annexation of Armenia by a foreign country vanished with the disappearance of Russia from the scene. Since the Sykes-Picot negotiations of 1916, the idea of self-determination had grown considerably in strength, and it now dominated the whole peace policy of the Alliance. The Armenians, who had been before and during the war quite happy at the opening prospect of becoming a province in a Christian Empire, had set their minds now on restoring Armenia to its pristine glory as an independent country. ... They claimed the right: to set up an independent Armenian State under the protection of the Allied great powers, one of whom is to be asked to act as a mandatory.«⁴* Der Paradigmenwechsel trat ein: Die Armenier wollten ihren mittelalterlichen Staat mit Hilfe der Siegermächte des Weltkrieges erneuern.

Als die USA unter Präsident Woodrow Wilson 1917 in den Krieg eintraten, wurden sie über die Geheimverträge informiert, mit denen Wilson freilich nicht einverstanden war. Da der Kriegseintritt der USA an der Seite der Entente ein Übergewicht über die Mittelmächte zur Folge hatte, war Wilson der einflußreichste Politiker bei den Frie-

densverhandlungen. Die USA erklärten dem Osmanischen Reich nicht den Krieg und ratifizierten auch 1920 den Friedensvertrag nicht. Wilson erklärte dies am 22. April 1917 in Washington dem englischen Außenminister Balfour. Nach der Oktoberrevolution veröffentlichten die Bolschewiki in Petersburg die Geheimverträge, was Wilson zu der Forderung motivierte, Geheimverträge in Zukunft überhaupt zu verbieten. Wilson verkündete am 8. Jänner 1918 das *Programm der 14 Punkte*, dabei hieß es in Punkt 12: *»Den türkischen Teilen des Ottomanischen Reiches wird Gewähr für eine gesicherte Souveränität gegeben, den unterworfenen Nationalitäten die Möglichkeit zu völlig unbehelligter autonomer Entwicklung.«⁵* Wilson betonte auch gegenüber dem italienischen Premier Orlando, Italien werde in Anatolien nichts gegen den Willen der Bevölkerung erhalten.⁶ Der französische Außenminister hatte bereits Anfang 1917 erklärt, Ziel des Krieges sei die Befreiung der Völker von der barbarischen Herrschaft der Türken; auch der englische Premier Lloyd George hatte Ende 1917 erklärt, der Boden Armeniens sei mit dem Blut Unschuldiger getränkt; Armenien sei daher ein Land das *»never be restored to the blustering tyranny of the Turk«⁷*. Von allen europäischen Politikern bei den Friedensverhandlungen setzte sich niemand so sehr für die Armenier ein wie Wilson, Lloyd George und sein Außenminister Lord Curzon. Die Tatsache, daß Deutschland als stärkste Macht der Mittelmächte nur auf der Grundlage von Wilsons 14 Punkten den Waffenstillstand unterzeichnet hatte, verlieh dem amerikanischen Präsidenten in der ersten Phase der Friedensverhandlungen ein Übergewicht; sein Wort fand Gehör, solange er selbst in Paris anwesend war – bis er in den USA schließlich die Midterm-Wahlen verlor und mit einem mehrheitlich republikanischen Kongreß regieren mußte, der die Friedensverträge schließlich ablehnen und ihn in der letzten Phase seiner Amtszeit zur »lahmen Ente« machen sollte. Auch ein vorübergehendes Verlassen der Friedensver-

handlungen von Seiten der Italiener konnte daran nichts ändern. In der Geschichtsschreibung ist die Leistung Wilsons für die Armenier viel zu wenig gewürdigt worden.

Der Zusammenbruch Rußlands führte am 18. März 1918 zum Frieden von Brest, in dem die bolschewistische Regierung die unverzügliche Räumung des östlichen Teils der heutigen Türkei zusicherte, der von den Russen erobert worden war. Es ist verständlich, daß viele Armenier ihr Heil im christlichen Rußland gesehen hatten; die armenischen Verteidiger von Van wurden 1914 von den Russen befreit. Auch im Gebiet der Pontusgriechen waren die Russen von den Christen als Befreier begrüßt worden. Der Vertrag von Brest sah die Räumung der drei heutigen Staaten Georgien, Armenien und Aserbeidschan durch die Russen vor. Georgien wurde deutsches Protektorat, Armenien sollte unter österreichische Verwaltung kommen, Aserbeidschan versuchten die Türken zu erobern. Am 22. April 1918 wurde in Tiflis die »Transkaukasische Republik« ausgerufen, die jedoch bald wieder zerfiel, als Georgien und Armenien ihre Unabhängigkeit proklamierten. Die Türken griffen die beiden Staaten an und erhielten im Waffenstillstand vom 4. Juni 1918 das Durchmarschrecht nach Aserbeidschan. Am 19. Juni 1918 erkannten die Türken die Unabhängigkeit der drei neuen Staaten an. Nach der Einnahme Bakus durch die Türken am 14. September 1918 wurde dort die armenische Bevölkerung niedergemetzelt. England wollte die Erdölfelder von Baku jedoch nicht in türkische Hände fallen lassen und schickte Truppen von Persien aus nach Aserbeidschan, die am 17. November 1918 Baku besetzten; bis Mitte August 1919 blieben sie dort. Einige englische Kompanien wurden auch nach Tiflis verlegt, von wo aus die britische Regierung genaue Berichte über die Lage im Kaukasus erhielt. Bis Ende 1919 behaupteten die Engländer den Brückenkopf in Georgien.

Die Großmächte vertraten auch bei den Friedensverhandlungen in der Regel die Politik der eigenen Interessen. Da Frankreich und Italien kaum etwas zur Niederlage der Türken beigetragen hatten, unterzeichneten die Türken am 30. Oktober 1918 auf einem englischen Kriegsschiff vor *Mudros* auf Lemnos vor dem englischen Admiral Calthorpe die bedingungslose Kapitulation; dadurch wurde England eindeutig zur stärksten Macht im Mittelmeer. Die Türken mußten sich auf die Vorkriegsgrenzen zurückziehen; die »sechs Vilayets« blieben jedoch unter ihrer Verwaltung. Der größte und später nie wieder zu korrigierende Fehler der siegreichen Briten war jedoch, die türkische Armee nicht

sofort und systematisch zu entwaffnen und strategisch wichtige Punkte zu besetzen. Das Hauptinteresse Frankreichs bei den Friedensverhandlungen galt der Schwächung Deutschlands; daher wurde zuerst nur mit den Deutschen verhandelt, bis der Vertrag von Versailles im Juni 1919 unterzeichnet war. Danach verließ Präsident Wilson Paris; von Amerika aus konnte er nur noch beschränkt in das Geschehen eingreifen.

Die Engländer verlangten die Bestrafung der für die Armenierrmassaker verantwortlichen »Jungtürken«, deren Drahtzieher Enver Pascha und Talaat Pascha bei Kriegende geflohen waren. Auch General Mustafa Kemal Pascha, der spätere »Atatürk«, wurde verurteilt, konnte aber mit Hilfe des italienischen Hochkommissars entkommen. Der osmanische Sultan war bereits während der Ära der Jungtürken nur noch eine Marionette ohne jeden politischen Einfluß geworden. Zehn Tage nach der Kapitulation von Mudros bildeten die siegreichen Briten in Konstantinopel die »Armenisch-Griechische Abteilung«, die Menschenrechtsverbrechen nach der Kapitulation untersuchen sollte. Am 5. März 1919 fand das erste Treffen mit Dr. Tavitian als Vertreter des armenischen und Dr. Theotokas als Vertreter des Ökumenischen Patriarchats statt. Berichte über die Besetzung des Armenischen Patriarchats, der Kathedrale, des Armenischen Kollegs und einiger Klöster wurden gesammelt. Colonel Graves, der Leiter der Abteilung, berichtete nach London, daß die Armenier, die es bis zu einem gewissen Grad geschafft hatten, sich wieder in ihrer alten Heimat anzusiedeln, jetzt von neuem von den Türken verfolgt und vertrieben wurden. Auch zahlreiche Menschenrechtsverbrechen der Kemalisten wurden auf diese Weise dokumentiert.⁸ Vor Beginn der Friedensverhandlungen legten die Großmächte ihre Vorstellungen schriftlich fest.

Bei den Amerikanern legte Oberst Edward House Wilsons Vorstellungen vor: »*Armenien sollte ein unabhängiger Staat werden unter der Schutzherrschaft irgendeiner Großmacht.*«⁹ Der englische Außenminister Curzon trug sein bereits Anfang 1918 verfaßtes Memorandum vor, nach dem die Türken das Kernland in Anatolien behalten sollten, nicht aber Konstantinopel und die Meerengen. Ein armenischer Staat sollte ein Bollwerk gegen den Panturanismus bilden. Der britische Diplomat Robert Cecil schlug vor, die »sechs Vilayets«, in denen es vor dem Krieg 25 Prozent Türken, 35 Prozent Armenier und 20 Prozent andere Christen gegeben habe, mit Kilikien zu einem »größeren Armenien« zu verbinden, das die Türkei von den Turk-

völkern im Kaukasus trennen sollte.¹⁰ Schließlich einigten sich die Engländer darauf, der Friedenskonferenz am 18. Februar 1919 ein freies Armenien vorzuschlagen, das aus Russisch-Armenien, den »sechs Vilayets« und Kilikien bestehen sollte. Man war in England also zur Revision des Sykes-Picot-Abkommens bereit und wollte das Mandat Frankreich oder den USA übertragen. Der amerikanische Hochkommissär Lewis Heck empfahl zu Beginn der Pariser Verhandlungen dringend, zunächst die militärische Kontrolle Kleinasien sicherzustellen, bevor ein unabhängiges Armenien proklamiert werde. Genau dies wurde von den Siegermächten jedoch unterlassen.

Präsident Wilson kehrte Mitte März 1919 nach einmonatiger Abwesenheit nach Paris zurück, das er Ende Juni für immer verließ; damit verloren die Armenier ihren wichtigsten Fürsprecher. Er stimmte einer griechischen Zone um Smyrna zu; am 14. Mai 1919 landeten die Griechen in Kleinasien. Italien suchte sich zeitweise mit den Türken zu arrangieren. Die Amerikaner brachten nun den neuen Begriff des »Mandats« ins Spiel; unter Aufsicht des zu gründenden Völkerbundes sollten mit Zustimmung der betroffenen Bevölkerung Mandate errichtet werden. Der englische Marineminister Winston Churchill schlug vor, den USA ein Mandat über Armenien und Konstantinopel zu übertragen. Der amerikanische Admiral Bristol riet jedoch, den USA ein Gesamtmandat über die Türkei zu übertragen, da ein spezielles Mandat über Armenien den Anfang der Aufteilung der Türkei bedeute.¹¹

Mandatsgebiet Armenien?

Am 18. Jänner 1919 begannen die Friedensverhandlungen in Paris. Die Armenier wurden durch den früheren ägyptischen Minister Boghos Nubar und den Schriftsteller Avetis Aharonian vertreten, zwischen denen der Katholikos Georg V. vermittelte. Die Armenier, die die Summe der Ermordeten zu niedrig mit einer Million angaben, forderten unter Verweis auf die 5000 Freiwilligen, die in Palästina auf Seiten der Engländer gekämpft hätten, die »sechs Vilayets«, Kilikien und Alexandrette; der armenische Staat hätte sich daher vom Schwarzen Meer bis zum Mittelmeer erstreckt; die Armenier hätten in einem derartigen Staat allerdings keine Mehrheit gehabt. Durch ihr selbstbewußtes Auftreten schufen sie sich jedoch nicht nur Freunde. Lloyd George berichtet am 26. Februar 1919 in seinen Memoiren über das Auftreten der Armenier, die ein Protektorat des Völkerbundes oder der Alliierten über ihren Staat wünschten. Die Fran-

zosen wollten selbst Teile dieser Gebiete besetzen. Die Engländer lehnten ein derartiges Mandat ab, darunter sogar der armenophile Historiker Arnold Toynbee. Die Verhandlungen mit der Türkei wurden bis zur Klärung der Mandatsfrage vertagt.

Im März 1919 unterschrieben in den USA 40 Gouverneure, 85 Bischöfe, Universitätspräsidenten und über 20000 Priester die Bitte an Wilson, für den Schutz der Armenier einzutreten. Dieser traf im April 1919 mit Boghos Nubar und Avetis Aharonian, den beiden Vertretern der neu ausgerufenen Republik Armenien, zusammen und erklärte sich bereit, das Mandat anzunehmen und als Schiedsrichter die Grenzen Armeniens festzulegen.¹² Nach dem Sturz der Regierung Orlando zeigte auch die neue Regierung Nitti ein Interesse an einem Mandat für Italien, das letztlich jedoch nicht ernsthaft erstrebt wurde. Am 6. Mai 1919 erklärte Wilson im »Großen Rat«, er zweifle daran, ob der amerikanische Kongreß das Mandat übernehmen werde; am 13. Mai aber erklärte er sich vorbehaltlich der Zustimmung des Senates bereit, ein Mandat über Armenien, Konstantinopel, die Meerengen, das Marmara-Meer und einige kleinere Gebiete zu übernehmen. Inzwischen hatte die Republik Armenien am 28. Mai 1919 zum ersten Jahrestag der Staatsgründung die Vereinigung der Republik – die noch nicht einmal politisch anerkannt war – mit den westarmenischen Gebieten verkündigt. Der Wahlsieg der linksgerichteten Partei der Daschnaken am 3. Juni 1919 machte die Großmächte vorsichtiger. Der liberale türkische Ministerpräsident Damat Ferit Pascha erklärte sich bereit, das ehemals russische Armenien in seinen Grenzen anzuerkennen. Die türkische Regierung war bereit, die Auswanderung aller Armenier zu gestatten; denjenigen, die in der Türkei bleiben wollten, wurde eine freie kulturelle und ökonomische Entwicklung zugesichert.¹³ Clemenceau antwortete, die Türken müßten ihre Verbrechen anerkennen; sie hätten das Recht verwirkt, andere Völker zu regieren.

Mittlerweile hatte sich aber die politische Lage in der Türkei geändert. Während die »Sultansregierung« in Konstantinopel unter dem Druck der Alliierten versuchte, einen Modus vivendi mit den Siegern zu finden, hielt der in den Osten abkommandierte General Mustafa Kemal Pascha im Juli 1919 in Erzurum einen Kongreß ab, auf dem die neue türkische Nationalbewegung gegründet wurde, der es bald gelang, die Kontrolle über die türkische Armee in die Hand zu bekommen. De facto bildete Kemal Pascha eine Gegenregierung, die in Kilikien erfolg-



reich gegen die Franzosen operierte und dabei neue Massaker an den Armeniern anrichtete. Kemals Aufstieg zum Nationalhelden wurde von den Alliierten zunächst unterschätzt. Nach der Abreise Präsident Wilsons Ende Juni 1919 verlor der Kongreß an Schwung. Italien war bald bereit, sich mit Kemal zu arrangieren.

Kemalistische Armenienpolitik

Der letzte bedeutende Fürsprecher der Armenier war jetzt der liberale britische Premier Lloyd George, der im September 1919 in Paris mit den Franzosen über ein Eingreifen im Kaukasus verhandelte, das Clemenceau als durchaus denkbar bezeichnet hatte.¹⁴ Der amerikanische Colonel M. N. Haskell, der im Juli 1919 als interalliiertes Hochkommissar für Armenien eingesetzt worden war, hielt es für notwendig, die abziehenden britischen Truppen durch andere zu ersetzen. Lord Balfour fragte Clemenceau am 25. August 1919 an, ob Frankreich Truppen entsenden könnte. Dieser versprach, die Frage mit der Armeeführung zu besprechen.¹⁵ Haskell berichtete über die Not in Armenien. Clemenceau sicherte 12000 Mann zu, die von Kilikien nach Armenien marschieren sollten.¹⁶ Aufgrund der fehlenden Straßen aber war dieser Plan undurchführbar. Mitte September erfuhr die Konferenz, daß Wilson bereits den Mandatsantrag im Kongreß eingebracht habe; es hieß, die Entscheidung werde noch bis Oktober dauern. Währenddessen konnte Kemal Pascha sein Heer auf 150000 Mann vergrößern. Am 20. September 1919 wandte sich der armenische Vertreter Aharonian mit einem verzweiferten Appell an die Konferenz und stellte die Lage seines Landes dar, das von den Türken umzingelt war und 800000 Flüchtlinge aufnehmen mußte. Aufgrund der Wahlen 1918 hatte der demokratische Präsident Wilson seit März 1919 keine Mehrheit im Kongreß mehr.

Ab Herbst 1919 setzte sich der britische Außenminister Lord Curzon langsam von der »idealistischen« Politik Wilsons ab. Der

englische Diplomat Eyre Crowe berichtete am 19. November 1919, die Alliierten könnten in den »sechs Vilayets« kaum etwas ausrichten, wo Kemal 70000 Mann unter Waffen hatte. Auf Grund der finanzpolitischen Lage war England zu einer massiven Abrüstung gezwungen und zog die Truppen langsam aus dem Orient zurück, um sie zu demobilisieren. Crowe meinte, man müsse sich auf den Schutz der Republik Armenien konzentrieren. Kemal betonte gegenüber dem »Obersten Rat« der Alliierten, daß die Regierung Damat Ferit nicht den Willen des Volkes repräsentiere; seit September 1919 kontrollierte er das gesamte anatolische Hochland. Auf einem Kongreß in Sivas beanspruchte er das gesamte Gebiet, das beim Waffenstillstand unter türkischer Kontrolle war und wies jede Schaffung eines griechischen oder armenischen Staates auf türkischem Boden zurück; »*Ottoman Christians are their cattle, and they want to do ... what they will.*«¹⁷ Am 26. Oktober 1919 untersagte die kemalistische Regierung die Rückkehr der überlebenden Armenier in ihre Heimat. Der englische General Milne berichtete, Kemal habe die Behauptung von Thrakien, Smyrna und Armenien zu den unverhandelbaren Punkten seiner Politik gemacht. Der amerikanische General Harbord kam Ende September 1919 nach Anatolien, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Es waren bereits 120000 überlebende Armenier nach Kilikien zurückgekehrt, in Armenien verhungerten von Mai bis Dezember 1919 mehr als 180000 Menschen, eine halbe Million Flüchtlinge war unterwegs. In seinem Bericht zählte Harbord vierzehn Gründe für und dreizehn gegen ein Mandat auf. Der mittlerweile gegründete Völkerbund konnte Armenien auch nicht helfen.

Von Dezember 1919 bis Jänner 1920 tagte in London eine Konferenz der Siegermächte, um den Friedensvertrag mit der Türkei vorzubereiten. Dabei wurde auch die Gründung eines unabhängigen Armenien festgelegt; die christlichen Minderheiten in der Türkei sollten in Zukunft vor Übergriffen geschützt



Links: Kilikien 1919 – Abzug der Briten, Einrücken der Franzosen. Rechts: Aufteilung osmanischer Gebiete nach dem Vertrag von Sèvres.

werden.¹⁸ An Stelle des von Wilson geplanten größeren Armenien sollte der Staat verkleinert werden, Trapezunt und Erzinjan sollten türkisch bleiben, Musch, Bitlis, Van und Erzurum aber bei Armenien bleiben. Am 19. Jänner 1920 sprach der Oberste Rat der Alliierten die Anerkennung der Unabhängigkeit von Armenien aus – genau zu der Zeit, als die Kemalisten in Kilikien neue Massaker an den Armeniern inszenierten, wobei allein in Marasch über 20 000 Armenier von den Kemalisten ermordet wurden.¹⁹ Bei den Londoner Verhandlungen wurde festgehalten, daß die Türkei Armenien anerkennen und der Völkerbund dem neutralen Staat helfen müsse. Armenien sollte zu den Signatarstaaten des Friedensvertrages mit der Türkei gehören, zumal ja ein Ostteil der Türkei an Armenien fallen sollte; Trapezunt und Erzinjan sollten aber nicht dazu gehören, da hier die Armenier in der Minderheit seien. Die Türkei sollte das abzutretende Land räumen. Armenien sollte eine Armee von 40 000 Mann aufstellen; für die ersten zwei oder drei Jahre sollten 15 000 bis 20 000 Mann europäischer Soldaten einige Jahre im Land bleiben.²⁰ Am 16. Februar 1920 lag der erste Entwurf des Friedensvertrages mit der Türkei vor. Darin hieß es, daß die Türkei allen Einwohnern die Religionsfreiheit gewähre, die Zwangskonversionen rückgängig mache und das »Gesetz über das herrenlose Eigentum« von 1915, das die Grundlage zur Enteignung der Christen gebildet hatte, annullieren werde. Alle, die nach dem 1. August 1914 von ihrem Eigentum vertrieben worden seien, sollten dieses zurückerhalten. Alle Personen, die an den Massakern teilgenommen hätten, sollten aus öffentlichen Ämtern entfernt werden. Den Minderheiten wurde ein eigenes Schulwesen und ein gerechter Anteil an den Steuereinnahmen in Aussicht gestellt. Die Religionen erhielten ihre früheren Privilegien zurück; nur mit Genehmigung des Völkerbundes sollten diese Vereinbarungen geändert werden können. Ein Vertreter des Völkerbundes sollte dies an Ort und Stelle

überwachen. Streitpunkte über die Einhaltung sollten vor den Internationalen Gerichtshof gebracht werden.²¹ Wären diese Vereinbarungen wirksam geworden, wäre der Zustand der religiösen Minderheiten zumindest auf dem damaligen Besitzstand gesichert gewesen. Sie sollten jedoch niemals in der Praxis realisiert werden.

Als Reaktion auf das Vorgehen der Kemalisten in Kilikien wurde Konstantinopel am 16. März 1920 von den Alliierten besetzt, die Vertreter der Nationalisten verhaften ließen. Als Reaktion darauf ließ Kemal Ende April 1920 in einer »Großen Türkischen Nationalversammlung« seine Regierung zur einzigen in der Türkei erklären und die Beziehungen zur »Sultansregierung« abbrechen. Edessa (Urfa) in der französischen Mandatszone wurde am 11. April 1920 von den Türken zurückerobert. Der amerikanische General James Harbord kam auf seiner Erkundungsreise mit Kemal zusammen, der ihm versicherte, die christlichen Minderheiten zu respektieren. Kemal gab ihm gegenüber die Ermordung von 800 000 Armeniern durch die Türken zu.

Von Februar bis April 1920 legte Lloyd George mit dem neuen französischen Premier Alexandre Millerand in London die Linie gegen über der Türkei fest. Man einigte sich darauf, den Türken Konstantinopel zu belassen, wo sie eine knappe Mehrheit hatten.²² Die Griechen sollten die Zone von Smyrna behalten. Italien zog das zeitweise Angebot, im Kaukasus ein Mandat zu übernehmen, wieder zurück. John de Robeck, der britische Hochkommissar von Konstantinopel meinte, die Türken würden die griechische Besetzung in Smyrna und ein unabhängiges Armenien nie akzeptieren. Man beschloß, ein Gutachten vom französischen Marschall Foch einzuholen, wie viele Soldaten man brauchen würde, um den Frieden mit der Türkei militärisch durchzusetzen.

Das in der Literatur kaum beachtete Gutachten Marschall Fochs erklärt den weiteren Verlauf der Ereignisse. England und Frank-

reich waren durch den Weltkrieg finanziell derart geschwächt, daß sie zur Abrüstung gezwungen waren. Am 30. März 1920 antwortete Foch, man werde mindestens 27 Divisionen brauchen, um den Frieden gegenüber den Truppen Kemals durchzusetzen!²³ Robeck warnte vor der Annexion der griechischen Zone in Smyrna. Bezüglich der Grenzen Armeniens wollte man den neu gegründeten Völkerbund einbinden, der jedoch über keinerlei Streitkräfte verfügte. Auch die neuerlichen Massaker der Türken in Kilikien an den Armeniern kamen bei der Konferenz zur Sprache. Als Lloyd George eine Bestrafungsaktion gegen Konstantinopel vorschlug, widersprach ihm Marineminister Churchill, der erklärte, daß die alliierten Kräfte viel zu schwach seien, um das türkische Hinterland zu kontrollieren. Präsident Wilson bestand im März 1920 noch immer auf einem größeren Armenien, das auch Trapezunt umfassen müsse. Er meinte, Armenien müsse unbedingt einen Zugang zum Meer haben, der Korridor von Lazistan bis Batumi reiche da nicht aus.²⁴ Da Wilson durch einen Schlaganfall im Herbst 1919 geschwächt war und durch die Wahlerfolge der Republikaner politisch an Bewegungsfreiheit verlor, zählte sein Wort in Europa jetzt nicht mehr so stark wie in der ersten Phase des Friedenskongresses.

Vom 19. bis zum 26. April 1920 kam es in San Remo noch einmal zu Verhandlungen zwischen den Siegermächten. Der Friedensvertrag mit der Türkei wurde in Anwesenheit des griechischen Ministerpräsidenten Venizelos präzisiert. Er enthielt ein unabhängiges Armenien und die griechische Zone um Smyrna. Lloyd George bezweifelte, daß man ein Mandat für Armenien und militärische Unterstützung des jungen Staates erreichen könnte, der von den kemalistischen Truppen bedroht wurde. Der Völkerbund signalisierte, selbst kein Mandat über Armenien annehmen zu können. Die in erster Linie aus russisch-Armenien bestehende Republik Armenien sollte von der Türkei noch Gebiete

erhalten. Der italienische Ministerpräsident Nitti erklärte, die Abtretung Erzurums habe den Krieg mit der kemalistischen Armee zur Folge. Je größer Armenien würde, desto größer würden die Schwierigkeiten.²⁵ Erzurum hatte eine eindeutige türkische Mehrheit und für beide Parteien einen Symbolwert, auf den man nicht verzichten wollte. Lloyd George vermutete, daß die Türken den Friedensvertrag nicht unterzeichnen würden, wenn man Erzurum zu Armenien gebe. Er meinte, wenn Wilson den Armeniern Trapezunt geben wollte, sollte man ihn fragen, welchen Beitrag die USA zur Realisierung leisten könnten. Am 24. April schlug Lloyd George vor, Erzurum bis zur Entscheidung Wilsons zu neutralisieren. Lord Curzon verwies darauf, daß man Erzurum in London Armenien zugesprochen hätte; man habe zwischen die Türkei und die muslimische Welt einen christlichen Staat schieben wollen und auch die Armenier darüber informiert. Der Völkerbund müsse den neuen Staat beschützen. Es wurde auch erwogen, Norwegen das Mandat über Armenien zu erteilen. Lloyd George widersprach seinem Außenminister Curzon: es habe keinen Sinn, wenn man Armenien auf dem Papier einen Staat gebe, der dann nicht gesichert sei; es müsse dies alles auch realisierbar sein. Man solle Präsident Wilson zur Mitwirkung einladen. Boghos Nubar, der vor die Konferenz geladen wurde, erklärte, Armenien sei selbst in der Lage, sich zu verteidigen; er überschätzte damit das Land, das er – aus Ägypten stammend – überhaupt nicht kannte. Lloyd George meinte, man müsse vier Divisionen zur Verteidigung bereitstellen – also 23 weniger als der Militärexperte Marschall Foch! Boghos Nubar erklärte auch, die Armenier könnten Erzurum auch allein erobern, was Marschall Foch für ausgeschlossen hielt. Der armenische Präsident Aharonian schätzte die Bevölkerung Armeniens auf 1 292 000 Einwohner, der französische Politiker Berthelot dagegen auf 400 000 bis 500 000. Als Präsident Wilson der Konferenz von San Remo die amerikanische Unterstützung zusagte und die Mandatsübernahme in Aussicht stellte, erging am 24. April vor Ende der Konferenz trotz des Protestes Curzons die Aufforderung an ihn, er möge für den Friedensvertrag die Grenzen Armeniens festsetzen; man werde der Republik alles geben, was er von den Vilayets Trapezunt, Erzurum, Van und Bitlis zuerkenne.²⁶

Der Völkerbund lehnte das von den Alliierten am 12. März 1920 angebotene Mandat über Armenien ab. Am 30. April schickte die Republik Armenien eine Gesandtschaft nach Moskau, um mit dem sowjetischen Außen-

kommissär Tschitscherin über die Anerkennung Armeniens und die Ansprüche der Republik auf die östlichen Vilayets der Türkei zu verhandeln. Sie erfuhren jedoch zu ihrer Enttäuschung, daß das kommunistische Rußland über ein Bündnis mit Kemal verhandelte und nicht bereit war, Armenien die Garantien zu geben.

Am 11. Mai 1920 wurde der Text des Friedensvertrages von Sèvres der Regierung Damat Ferit in Istanbul übermittelt, die um eine Abmilderung ersuchte, während Kemal den Vertrag kategorisch ablehnte. Kemals Waffenstillstand mit Frankreich vom 30. Mai bedeutete eine faktische gegenseitige Anerkennung. Kemalistische und griechische Truppen rückten auf das Marmara-Meer vor. Lord Curzon fragte in den USA an, ob Präsident Wilson die Grenzen Armeniens festgelegt habe; Wilson antwortete, er werde den Spruch erst nach der Unterzeichnung erlassen. Am 24. Mai 1920 schlug Wilson dem Senat die Übernahme des Mandats für Armenien vor, die jedoch am 1. Juni 1920 abgelehnt wurde. Damit war die Sicherheit des neuen Staates nicht gewährleistet. Am 10. August 1920 wurde der Vertrag von Sèvres unterzeichnet. Armenien sollte Van, Bitlis, Erzurum und Trapezunt erhalten; Präsident Wilson sollte die Grenzen endgültig festlegen. Die Türkei erkannte dies und die Unabhängigkeit Armeniens an. Frankreich erhielt ein Mandat in Kilikien, Italien um Antalya. Es waren freilich keinerlei Maßnahmen festgesetzt, wie Armenien in den Besitz der türkischen Gebiete kommen sollte. Angesichts der Tatsache, daß diese Gebiete unter Kontrolle der kemalistischen Armee standen, erwies sich der Vertrag damit bald als ein Stück Papier. Präsident Wilson ließ den Signatarstaaten die Entscheidung vom 22. November 1920 in einer Situation zukommen, in der sich die Lage bereits grundlegend geändert hatte.

Die Republik Armenien, die am 19. Januar 1920 von England und Frankreich anerkannt worden war, erhielt von den Alliierten bald Hilfszusagen. Am 30. April 1920 verließ eine armenische Delegation Erewan, um in Moskau mit der kommunistischen Führung und Außenkommissar Tschitscherin über die Anerkennung der Republik und den Anspruch auf die türkischen Vilayets zu verhandeln. Am 20. Mai erfuhren die Delegierten freilich, daß die UdSSR ein Bündnis mit den Kemalisten erstrebte, die dann in der Folge von den Sowjets mit Waffen beliefert wurden. Tschitscherin erklärte, die Pläne der Alliierten seien undurchführbar; gleichzeitig kam auch eine kemalistische Gesandtschaft nach Moskau. Inzwischen wurde in Armeni-

en im Mai 1920 die Regierung Khatisian durch Hamo Ohandjanian abgelöst.

Im Sommer 1920 eröffnete der kemalistische General Karabekir den Angriff auf Armenien. England und Frankreich lieferten einige Waffen. Am 24. August 1920 schloß die Sowjet-Union ein Bündnis mit den Kemalisten, bei dem vereinbart wurde, daß keiner etwas gegen den anderen unternehmen dürfe. Am 23. September 1920 begann der Angriff der kemalistischen Armee gegen Armenien, das um eine Intervention der Siegermächte ersuchte. Am 11. Oktober kam der sowjetische Politiker Legrand nach Erewan, um einen Vertrag abzuschließen, in dem die Russen das Durchmarschrecht erhielten, aber die Souveränität von Armenien anerkannten; der Vertrag von Sèvres sollte jedoch verworfen werden. Die Sowjet-Union sollte das alleinige Entscheidungsrecht über die Grenzen haben.²⁷ Der Vertrag wurde dann nach Moskau und Baku zur Unterzeichnung gebracht. Am 30. Oktober nahmen die Türken Kars ein und metzelten dabei 6000 Armenier nieder. Die Gefangenen wurden zu Konkubinen und Zwangsarbeitern gemacht und deportiert. Armenien ersuchte Anfang November 1920 Georgien und England um Unterstützung. England versuchte die türkische Invasion durch einen griechischen Angriff auf die Kemalisten zu stoppen. Am 7. November 1920 fiel Alexandropol; es gab 60 000 Tote, 38 000 Verwundete und 18 000 Gefangene. Armenien verhandelte mit den Türken über einen Waffenstillstand, der am 17. November 1920 angenommen wurde.²⁸ Am Tag darauf übergaben die Armenier den Türken ihre Waffen. Am 24. November 1920 wurde der prorussische Daschnak Simeon Vratsian neuer Premier; er nahm sofort Kontakt zu den Türken auf. Der frühere Premier Alexander Khatisian sollte in Alexandropol mit den Türken verhandeln.

Inzwischen traf die Nachricht von Präsident Wilsons Schiedsspruch in Erewan ein. Am 1. Dezember 1920 übergab Vratsian die armenische Republik den Sowjets, die ihre Herrschaft hier bis 1989 behaupteten und eine konsequente Verfolgung der armenischen Kirche initiierten. Der am 2. Dezember von Alexander Khatisian mit Karabekir unterzeichnete Friedensvertrag hatte zum Inhalt, daß Armenien auf die Gebiete Türkisch-Armeniens nach dem Vertrag von Sèvres verzichte und den Fluß Akhourian als Grenze akzeptiere. Die armenischen Botschafter aus Europa und Amerika sollten zurückbeordert werden.²⁹ Vratsian schrieb dazu: *»In jenen Tagen war allen klar, dass Armenien entweder mit Russland sein müsse oder als*

Spielzeug in den Händen der Türken für alle Zeiten zerstört zu werden.»³⁰ Der Vertrag wurde jedoch nie vom armenischen Parlament ratifiziert.

Durch den Friedensvertrag von Alexandropol vom 3. Dezember 1920 mit General Karabekir wurde Armenien, das auf den Vertrag von Sèvres verzichten mußte, auf 27 000 Quadratkilometer reduziert und de facto zu einem Protektorat der Türkei. Khatisian wollte wahrscheinlich ein Vorrücken der Türken auf Erevan und ein Blutbad unter den Armeniern verhindern. Der Vertrag wurde in der sowjetischen Geschichtsschreibung als »Der Verrat der Daschnaken« bezeichnet. Es ist auch denkbar, daß Khatisian hoffte, die Sowjets würden den Vertrag zurückweisen, um dann doch noch die armenischen Ansprüche nach dem Vertrag von Sèvres zu unterstützen. Denkbar war auch, daß die Türken nach Unterzeichnung des Vertrages, in dem sie die Integrität der Republik anerkannt hatten, die Sowjetisierung nicht hinnehmen würden. Derartige Erwartungen erfüllten sich jedoch nicht. Die Sowjets eroberten im März 1921 auch ganz Georgien, das sie ebenfalls bis 1989 besetzt hielten. Nach einem türkischen Blutbad in Alexandropol besetzte die Rote Armee am 22. April 1921 die völlig zerstörte Stadt; Armenien wurde mit Georgien und Aserbeidschan Bestandteil der »Transkaukasischen föderalen Sowjet-Republik«. Zynisch rechtfertigte Lord Curzon sich vor armenischen Vertretern, daß Armenien zwischen den Türken und Sowjets aufgeteilt worden sei, während überall in der Welt reiche Armenier saßen, die nichts zur Rettung ihrer Heimat beigetragen hätten.³¹ Am 16. März 1921 wurde ohne Beteiligung der Armenier in Moskau zwischen Türken und Russen die bis heute bestehende türkische Ostgrenze festgelegt, die am 13. Oktober 1921 im Vertrag von Kars endgültig bestätigt wurde.

Über das weitere Schicksal der christlichen Minderheiten entschied der Krieg zwischen den Kemalisten und Griechenland um Smyrna, das am 9. September 1922 von den Türken eingenommen und vollkommen zerstört wurde. Vor den Augen der vor der Stadt liegenden englischen und französischen Flotte wurden zwischen 25 000 und 150 000 Menschen von den Türken getötet; 213 000 Menschen wurden evakuiert.³² Im September brach in Griechenland eine Revolution aus, der König mußte das Land verlassen, Lloyd George wurde am 19. Oktober 1922 gestürzt. Mustafa Kemal war nicht bereit, die »neutrale Zone« von Konstantinopel anzuerkennen und verlangte die Räumung Ostthakiens durch die Griechen. Die West-

mächte mußten sich der militärischen Macht Kemals beugen. Am 15. Oktober 1922 wurde der Waffenstillstand von Mudania geschlossen. England und Frankreich konnten nur mit Mühe ihr Gesicht wahren; die USA waren ja nie im Krieg mit der Türkei gewesen; seit dem Wahlsieg des Republikaners Warren Harding (1921) hatten sie sich völlig aus der Orientpolitik zurückgezogen. Am 19. Oktober 1922 zogen die Kemalisten in Konstantinopel ein. Ende Oktober begannen die Friedensverhandlungen in Lausanne. Englisches Militär übernahm den Schutz des Patriarchen Meletios IV., der unter Hausarrest stand.³³

Lausanne

Der neue amerikanische Präsident Coolidge übergab seinen Diplomaten in Lausanne eine Note, in der es hieß, vielleicht könne man im früheren Russisch-Armenien eine nationale Heimstätte für die Armenier errichten, wenn sich die Lage in der Sowjet-Union beruhigt habe.³⁴ Das war alles, was von der Armenien-Politik Wilsons übrig geblieben war! Da England die Ruhrpolitik Frankreichs nicht mittragen wollte, zerfiel die Entente nun endgültig; England stand den Türken jetzt allein gegenüber. Der Völkerbund spielte keine Rolle, da die Türkei nicht Mitglied war. Die Türken agierten sehr selbstbewußt, da sie sich als Sieger über eine Übermacht fühlten und glaubten, Frankreich, Rußland und Italien stünden hinter ihnen, und England würde sich ihren Wünschen nicht widersetzen. Es gelang Lord Curzon jedoch, den französischen Premier Poincaré im letzten Moment zumindest zu einem formalen gemeinsamen Auftreten zu bewegen. Auch Italiens neuer Premier Mussolini kam nach Lausanne. Venizelos vertrat die neue griechische Regierung Plastiras, Tschitscherin die Sowjet-Union. Curzon übernahm den Vorsitz der Konferenz. Der Leiter der türkischen Delegation war General Ismet Pascha »Inönü«. Curzon bestand darauf, daß auch Vertreter der Armenier zu den Verhandlungen beigezogen würden.³⁵ Die vier Vertreter Armeniens gehörten zur Unterkommission für Minderheiten. Der armenische Vertreter Hadissian brachte vor, daß von den 2,25 Millionen Armeniern in der Türkei 1,25 Millionen umgekommen seien; 150 000 seien noch in Konstantinopel, 70 000 in den Kaukasus, Iran, nach Syrien und Griechenland geflüchtet. Sie verlangten Teile der Osttürkei und einen Zugang zum Meer.³⁶ Am 12. Dezember 1922 begann die Diskussion über die Armenier, die einmal über drei Millionen in Kleinasien stark gewesen seien.³⁷ 1,25 Millionen seien jetzt in Sowjet-Armenien, viele

seien zerstreut in Iskenderun, Aleppo und Beirut. Inönü beharrte jedoch darauf, es gebe keine Minderheiten mehr, die in der Lage seien, in der Türkei einen Staat zu gründen. Die Armenier seien durch die griechische Invasion ins Verderben gerissen worden. *»Die Augen der Welt sind auf Armenien und die Türkei gerichtet, und die Welt wird sich nicht damit zufrieden geben, dass dieses unglückliche Volk ohne jeden Schutz der Willkür der türkischen Regierung ausgeliefert bleibt. ... Das Minderheitenproblem erregt mehr Aufmerksamkeit in der Welt als irgendetwas anderes; und je nach der Art, wie es hier gelöst wird, wird die Konferenz beurteilt werden.«*³⁸ Am Tag darauf erklärte Inönü, nach türkischem Gesetz seien die christlichen Minderheiten auszuweisen; seine Haßattacken auf die Armenier empörten auch die Vertreter der USA, Griechenlands, Italiens und Jugoslawiens. Als Inönü am Tag darauf jede Kontrolle des Minderheitenschutzes ablehnte, entgegnete Curzon, die Türkei werde die ganze Welt gegen sich haben; die fettschafte Betonung der Souveränität sei unerträglich.

Die armenische Frage wurde letztmals am 15., 22. und 26. Dezember 1922 im Minderheitenausschuß diskutiert, zuletzt ohne türkische Beteiligung. Der armenische Vertreter Noradukian forderte die Unabhängigkeit des Patriarchats. Der Armenier Aharonian kritisierte auch die russische Politik, die kein »zweites Bulgarien« an der Südflanke wolle; damit war gemeint, daß die Sowjet-Union im Süden keinen unabhängigen Staat haben wollte. In der letzten Sitzung des Minderheitenausschusses am 6. Jänner 1923 sagte der türkische Vertreter Riza Nur Bey, er verstehe, warum die Alliierten ein unabhängiges Armenien wollten, hätten sie doch dieses Volk instrumentalisiert, um die Türkei zu bekämpfen. Die Türken erklärten, sie würden eher gehen als solche Noten anzuhören. Der amerikanische Delegierte Joseph Grew war empört über das mangelnde Engagement von Curzon und von Montagna, dem Vertreter Italiens für die Armenier. Riza Nur erklärte, die Alliierten hätten die Armenier benutzt, um die Türken anzugreifen. Sie hätten sie gegen die Regierung aufgehetzt, als Antwort seien sie bestraft worden. Hunger, Epidemien und Emigration brachten sie zu Tode. *»Die Verantwortung dafür fällt nicht auf uns, sondern auf die Alliierten. Wenn Sie den Armeniern eine Belohnung geben wollen, dann tun sie es.«*³⁹ Auch Indien, Irland, Marokko, Tunesien und Algerien wollten die Unabhängigkeit, die Iren hätten dafür Jahrhunderte hindurch einen hohen Blutzoll gezahlt. Daß das Selbstbestimmungsrecht nicht immer konsequent angewendet werden würde, war

auch britischen Diplomaten wie Nicolson klar. Die Türken wollten über diese Fragen nicht mehr verhandeln. Lord Curzon erwähnte die armenische Frage ein letztes Mal in seinem Schlußbericht vom 9. Jänner 1923 an die Hauptkommission. Danach wurde in Lausanne über dieses Thema nicht mehr gesprochen; im Friedensvertrag selbst tauchte die armenische Frage nicht mehr auf. Die armenischen Gesandten schickten noch Briefe an die Mächte, ohne jedoch je eine Antwort zu erhalten. Die armenischen Vertreter wandten sich an den russischen Außenkommissar Tschitscherin mit dem Ersuchen, daß das Gebiet von Van und Bitlis an das russische Armenien angeschlossen würde.⁴⁰ Dadurch wurde deutlich, daß auch sie selbst die Hoffnung aufgegeben hatten, auf türkischem Boden könnte ein armenischer Staat entstehen. Tschitscherin war lediglich bereit, Flüchtlinge in Armenien aufzunehmen; auch auf der Krim, an der Wolga und in Sibirien könne man Armenier ansiedeln. So wurde deutlich, daß während der Konferenz von Lausanne das einst von Präsident Wilson forcierte Projekt eines unabhängigen Armenien auf russischem und türkischem Boden von allen Großmächten aufgegeben wurde. Nach Abgabe eines Protestbriefes an die Großmächte verließ die armenische Delegation am 2. Februar 1923 Lausanne. Auch der Vatikan setzte sich vergeblich für die orientalischen Christen ein. Vergeblich setzte sich Curzon auch für den Schutz der Chaldäer im Hakkari-Gebiet ein, deren Rückkehr Inönü ablehnte.

Nach einer Unterbrechung der Konferenz durch die Abreise Inönüs am 4. Februar wurde diese unter dem Vorsitz von Horace Rumbold am 23. April 1923 neu eröffnet. In Adana erklärte Kemal unterdessen, die Armenier hätten kein Anrecht auf Kilikien, weil diese Gebiete schon vor der Ankunft der Perser und Griechen »turanisch« gewesen sei;⁴¹ auf ihn geht auch die bis heute in der Türkei existierende Geschichtsklitterung zurück, Kleinasien sei von jeher »türkisch« gewesen. Die vortürkische Geschichte hat bis heute nur einen geringen Stellenwert; sie wird auch in Inschriften auf Kirchenruinen und so weiter bis heute vielfach verfälscht.

Am 17. Juli 1923 wurden die Friedensverhandlungen abgeschlossen; am 24. Juli wurde der Vertrag unterzeichnet. Die türkische Nationalversammlung ratifizierte ihn am 23. August mit großer Mehrheit. Auch die Sowjet-Union ratifizierte den Frieden von Lausanne, der vom amerikanischen Senat nicht ratifiziert wurde. Die Armenier hatten bei den Friedensverhandlungen nur noch eine Randrolle gespielt. Da sie keinen eigenen Staat hatten, waren sie auch kein

Völkerrechtssubjekt mehr; der Völkerbund hatte auch die Aufnahme Armeniens abgelehnt. Eine Hauptursache für das Scheitern des »armenischen Traums« war wohl die Erkrankung Wilsons und seine innenpolitische Niederlage gegen die Republikaner sowie die Politik Italiens und Frankreichs, die zunächst an Erwerbungen in der Türkei interessiert waren, sich aber nach dem Scheitern dieser neokolonialistischen Intentionen rasch mit den siegreichen Kemalisten arrangierten, um Vorteile zu gewinnen. Die Sowjet-Union sah im Bündnis mit den Kemalisten die Möglichkeit, die verlorenen Kolonien im Kaukasus zurückzugewinnen und die diplomatische Isolierung zu durchbrechen; die Kommunisten lieferten Kemal die Waffen für den zweiten Genozid an den Armeniern. So stand England letztlich allein hinter den Armeniern; nach dem Sturz Lloyd Georges versuchte der konservative Außenminister Curzon zu retten, was noch zu retten war – dazu gehörte das freie Armenien nicht.

Bilanz des Kemalismus

Bis zum heutigen Tag war die Türkei nicht zur Revision ihrer Genozidpolitik bereit, die nicht nur – wie heutzutage oft argumentiert wird – auf die »Jungtürken« zurückgeht, sondern die auch von Mustafa Kemal »Atatürk« mit dem gleichen Zynismus fortgeführt wurde. Die Zahl der Opfer war nur deswegen geringer, weil es eben nur noch etwa 200 000 Armenier in der Türkei gab. In den Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der Europäischen Union sollten diese historischen »Altlasten« endlich aufgearbeitet werden. Eine moderne pluralistische Türkei müßte sich von der Minderheitenpolitik Mustafa Kemals distanzieren, die in Relation nicht besser war als die Stalins, Hitlers oder anderer Diktatoren.

Anmerkungen

1. David Lloyd George, *The truth about the peace treaties*, Bd. 2, London 1938, 1228.
2. Paul C. Helmreich, *From Paris to Sèvres. The Partition of the Ottoman Empire of the Peace Conference of 1919/20*, Columbus 1974, 5f.; Wilhelm Baum, *Die christlichen Minderheiten der Türkei in den Pariser Friedensverhandlungen (1919–1923). Kemal Atatürk und der Genozid*, Klagensfurt 2007, 13f.
3. Ebenda, 18.
4. Lloyd George, Truth (Anm. 1), 1261.
5. Harold Nicolson, *Friedensmacher 1919*, Berlin, 1934, 44.
6. Arthur Walworth, *Wilson and his Peacemakers. American Diplomacy at the Paris Peace Conference*, London 1986, 494.
7. Christopher J. Walker, *Armenia. The Survival of a Nation*, London 1990, 263.
8. *British Reports on Ethnic Cleansing in Anatolia*

- 1919–1922: *The Armenian-Greek Section*, compiled by Vartkes Yeghiayan, Glendale, CA, 2007.
9. Nicolson, *Friedensmacher* (Anm. 5), 20.
10. Akaby Nassibian, *Britain and the Armenian Question 1915–1923*, London/New York 1985, 145.
11. Laurence Evans, *United States Policy and the Partition of Turkey 1914–1924*, Baltimore 1965, 178f.
12. M. Vahan Kurkjian, *A History of Armenia*, 1958, 482.
13. Documents on British Foreign Policy, Bd. 4, (1952), 649, Appendix 10, Nr. 2 zu Nr. 426.
14. Helmreich, Paris (Anm. 2), 141f.
15. Documents on British Foreign Policy, Bd. 1, (1947), 508, Nr. 42.5 (25.8.1919).
16. Ebenda, 574, Appendix B zu Nr. 46 u. Bd. 4, (1952), 743f, Nr. 499 (29.8.1919).
17. Documents on British Foreign Policy, Bd. 4, (1952), 803, Nr. 543 (10.10.1919, Bericht des Admirals Robeck); vgl. dazu: Baum: Die christlichen Minderheiten (Anm. 2), 104.
18. Documents on British Foreign Policy 7, (1958), 43, Nr. 6; vgl. dazu Baum, Die christlichen Minderheiten (Anm. 2), 110.
19. Evans, United States Policy (Anm. 11), 261.
20. Documents on British Foreign Policy 7, (1958), 280–285, Nr. 34.2 (27.2.1920).
21. Ebenda, 466–471 (11.3.1920).
22. Harald Nicolson, *Nachkriegsdiplomatie. Curzon: The last Phase 1919–1925*, Berlin 1934, 187.
23. Documents on British Foreign Policy 7 (1958), 58, Nr. 7.1 (20.4.1920); vgl. dazu Baum: Die christlichen Minderheiten (Anm. 2), 176f.
24. Helmreich, Paris (Anm. 2), 284; Lloyd George, Truth (Anm. 1), 1299.
25. Documents on British Foreign Policy 8 (1958), 94, Nr. 10.2 (22.4.1920).
26. Helmreich, Paris (Anm. 2), 298; vgl. dazu: Baum: Die christlichen Minderheiten (Anm. 2), 188.
27. Volker Jacoby, *Geopolitische Zwangslage und nationale Identität: Die Komturen der innenpolitischen Konflikte in Armenien*, phil. Diss. Frankfurt 1998, 80.
28. Walker, Armenia (Anm. 7), 313.
29. Nassibian, Britain (Anm. 10), 219; vgl. dazu: Baum: Die christlichen Minderheiten (Anm. 2), 131f.
30. Jacoby, Zwangslage (Anm. 27), 83.
31. Evans, United States Policy (Anm. 11), 395.
32. Andrew Mango, *Atatürk*, London 2004, 346; vergl. dazu: Baum, Die christlichen Minderheiten (Anm. 2), 252ff.
33. Documents on British Foreign Policy 17 (1979), 515f, Nr. 475 (6.12.1921).
34. Ebenda, 362, Nr. 252.
35. Ebenda, 416f, Nr. 294.
36. Kamuran Gürün, *The Armenian File. The myth of innocence exposed*, London/Nicosia/Istanbul 1985, 288.
37. Nicolson: Nachkriegsdiplomatie (Anm. 22), 306.
38. Ebenda, 307f.
39. Gürün, Armenian File (Anm. 34), 292.
40. Ebenda, 393.
41. Mango, Atatürk (Anm. 30), 381.

Univ.-Dozent DDr. Wilhelm Baum, Institut für Geschichte, Karl-Franzens-Universität Graz, Heinrichstraße 26, A-8010 Graz, baum@kitabverlag.com